

ANTRAG

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge Teil 1

A2019/1/3NEU2: Positionspapier Lebensmittelverschwendung

Antragstext

1 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz fordert die Landesregierung auf, sich
2 auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, die Lebensmittelverschwendung zu
3 begrenzen.

4 Die Jugendorganisation BUND Naturschutz fordert als ersten politischen Schritt
5 gegen die drastische Lebensmittelverschwendung die Entkriminalisierung der
6 Essensrettung aus Mülltonnen, das sogenannte Containern. Zudem sollten Vorbilder
7 im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung und für nachhaltige Ernährung der
8 Zukunft durch Anerkennung wertgeschätzt werden.

9
10 Als nächster Schritt sollte eine an Frankreich orientierte Gesetzesänderung
11 folgen, die das Wegwerfen von Lebensmittel durch den Handel unterbindet. Nicht
12 das Retten von Lebensmittel sollte in unserem Land kriminalisiert werden,
13 sondern im Gegenteil die vermeidbare Verschwendung. Auch muss die Verschwendung
14 von Lebensmitteln in der Landwirtschaft vermieden werden. Dafür müssen Normen
15 und Klassifizierungen gelockert werden, die derzeit dafür sorgen, dass viele
16 Tonnen Lebensmittel direkt vom Feld in den Müll geworfen werden.

17
18 Zudem sollte das Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD) durch ein positiv besetztes Wort
19 ersetzt werden, welches sich am englischen "best before" orientiert. Außerdem
20 muss geprüft werden, ob bestimmte unverderbliche Lebensmittelgruppen überhaupt
21 ein MHD benötigen. Juristische Rahmenbedingungen müssen hierfür eventuell
22 angepasst werden.

23
24 Außerdem ist es dringend notwendig, dass die Landesregierung sich dafür
25 einsetzt, in der schulischen Bildung ein größeres Bewusstsein für Lebensmittel,
26 deren Wert und Haltbarkeit zu schaffen.

Begründung

Derzeit werden immer wieder Menschen aufgrund von Containern wegen Diebstahl zu Strafen verurteilt.[\[1\]](#)
Die Jugendorganisation BUND Naturschutz sieht Containern jedoch nicht als kriminelle Handlung im Sinne
des Diebstahls an, sondern als sinnvollen Akt von Lebensmittelrettung. So werden beim Containern noch
essbare, aber nach dem Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufene Lebensmittel aus den Müllcontainern von
Geschäften und Supermärkten für den weiteren Verzehr entnommen. Containern sollte demnach als
wertvoller Beitrag zur Lebensmittelrettung sowie als politisches Zeichen gegen die zunehmende

Lebensmittelverschwendung gesehen und entkriminalisiert werden.

Nach massiven Protesten gegen Lebensmittelverschwendung wurde in Frankreich im Jahr 2016 ein Gesetzentwurf verabschiedet, der es für Supermärkte und Lebensmittelläden ab einer Gesamtgröße von 400m² unter Strafe stellt, abgelaufene aber noch genießbare Lebensmittel wegzuwerfen. Die Läden müssen diese Lebensmittel an gemeinnützige Vereine spenden, die diese verwerten bzw. weitergeben.

In Deutschland werden hingegen jährlich etwa elf Millionen Tonnen^[2] Lebensmittel in den Müll geworfen. Diese Lebensmittel sind zum größten Teil noch genießbar und werden häufig aufgrund des Überschreitens des Mindesthaltbarkeitsdatums entsorgt. Die Jugendorganisation BUND Naturschutz fordert als ersten politischen Schritt gegen diese drastische Lebensmittelverschwendung die Entkriminalisierung von Containern. Als nächster Schritt sollte eine an Frankreich orientierte Gesetzesänderung folgen, die das Wegwerfen von Lebensmittel durch den Handel unterbindet. Nicht das Retten von Lebensmittel sollte in unserem Land kriminalisiert werden, sondern im Gegenteil die vermeidbare Verschwendung.

Auch sollte die Verschwendung von Lebensmitteln in der Landwirtschaft vermieden werden. Dafür müssen Normen und Klassifizierungen gelockert werden die derzeit dafür sorgen dass viele Tonnen Lebensmittel direkt vom Feld in den Müll geworfen werden.

Darüber hinaus sollte anstelle von einem Mindesthaltbarkeitsdatum auf Lebensmitteln ein Verfallsdatum eingeführt werden, also ein Datum, ab dem es nicht mehr gesund ist dieses Lebensmittel zu konsumieren. So kann vermieden werden, dass eigentlich noch genießbare Lebensmittel entsorgt werden, weil das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist.

Adressaten:

- Bundesregierung
- Fraktionen im Bundestag
- Bundespräsident*in
- Bundesrat
- Deutscher Städte und Gemeindetag

[\[1\]https://www.br.de/nachrichten/bayern/essen-aus-muell-geholt-andrang-bei-prozess-gegen-studentinnen,RGeUK22](https://www.br.de/nachrichten/bayern/essen-aus-muell-geholt-andrang-bei-prozess-gegen-studentinnen,RGeUK22)

[\[2\]https://www.bzfe.de/lebensmittelverschwendung-1868.html](https://www.bzfe.de/lebensmittelverschwendung-1868.html)